

Hochschulpolitische Positionen

Verabschiedet von der Landesgruppe Baden-Württemberg in der Deutschen Gesellschaft für Wissenschaftliche Weiterbildung und Fernstudium (DGWF) am 03. Juli 2019

Wissenschaftliche Weiterbildung (WissWB) im Spannungsfeld zwischen staatlichem Bildungsauftrag und wirtschaftlicher Tätigkeit

Vor dem Hintergrund der hochschulgesetzlichen Aufgabenbeschreibung mit WissWB als dritter Hauptaufgabe der Hochschulen neben Forschung und Lehre verstehen wir WissWB als Bildungsauftrag. Deshalb begrüßen wir eine differenzierte Auslegung der beihilferechtlichen Vorschriften, die z. B. im revidierten Leitfaden der Kultusministerkonferenz vom September 2017 erkennbar wird. Wir fordern von der Landespolitik vor diesem Hintergrund eine Abkehr von der schematischen Klassifizierung der WissWB als wirtschaftliche Tätigkeit, die zwingend die Vollkostendeckung der Angebote durch Entgelte oder Gebühren verlangt. Vielmehr sind zentrale Querschnittsaufgaben der Einrichtungen beziehungsweise der Organisationseinheiten, die sich an den Hochschulen mit WissWB strategisch und operativ befassen, Teil der Hauptaufgabe der staatlichen Hochschulen. Hierbei beziehen wir uns auf die gleichlautende Position des Wissenschaftsrats vom Januar 2019.

Mit Blick auf den Bildungsauftrag der Hochschulen schlagen wir für die Gebühren- und Entgeltgestaltung der Angebote eine Abstufung in der Kostendeckung vor. Dadurch werden bei der Entwicklung und Durchführung wissenschaftlicher Weiterbildungsangebote sowohl der individuelle Nutzen für unterschiedlich qualifizierte und finanziell leistungsfähige Zielgruppen als auch der gesellschaftliche Nutzen im Sinne des Bildungsauftrags der Hochschulen angemessen berücksichtigt. Zur Vermeidung von Wettbewerbsverzerrungen schlagen wir ferner vor, Rahmensätze für Gemeinkostenumlagen festzulegen.

Grundfinanzierung der WissWB

WissWB ist eine anspruchsvolle und komplexe Aufgabe, deren Entwicklung und Organisation hohe Qualifikationen voraussetzt. Tätigkeiten in der WissWB sind aufgrund der staatlichen Beauftragung als Daueraufgaben zu betrachten. Arbeitsrechtlich wären hier also unbefristete Verträge geboten. Da die Finanzierung der Beschäftigten aber zumeist aus Entgelten und Gebühren erfolgt, können aufgrund haushaltsrechtlicher Vorschriften dauerhafte Arbeitsverhältnisse nur schwierig begründet werden. Die jetzige Situation führt nicht selten zu projektförmigen Beschäftigungsmodellen. Für die Betroffenen ist dies frustrierend, die Anreize, das Arbeitsfeld zu wechseln, groß. Die Mitgliedshochschulen der Landesgruppe sind deshalb mit einem ständigen Verlust von Know-How und einem großen Aufwand bei der Gewinnung und Einarbeitung neuer Mitarbeitenden konfrontiert. Wir fordern deshalb eine Auflösung dieses Widerspruchs zugunsten der dauerhaften Beschäftigung hoch qualifizierter Mitarbeitenden.

WissWB als Transferdimension

Wir begreifen WissWB als Element des Wissens- und Technologietransfers aus den Hochschulen in die Gesellschaft. Weiterbildung bringt aktuelles, forschungsbasiertes Wissen in die Praxis. Umgekehrt finden Wissenschaftler*innen in konkreten Tätigkeitsfeldern Impulse für neue Forschungsfragen. Hierbei beziehen wir uns auf die gleichlautende Position des Wissenschaftsrats aus 2016. Darüber hinausgehend verstehen wir ein breites Transferverständnis nicht nur als isolierte institutionelle Strategie, sondern als strategische Herausforderung auf Landesebene.

Wir schlagen deshalb vor, Bedarfe der Weiterqualifikation in fach- bzw. themenspezifischen Dialogforen mit den Arbeitgebern zu identifizieren. Deshalb fordern wir im Kontext der WissWB auch eine stärkere Verzahnung der Ministerien für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau, für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg sowie für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg. Ein geeignetes Instrument sind aus unserer Sicht auch Dialogformate der Weiterbildungs- und Transferbeauftragten in den Ministerien. Dass ein breiter Austausch zwischen staatlichen und privaten Akteuren in der Weiterbildung produktive Perspektiven eröffnet, zeigt aus unserer Sicht nicht zuletzt das erfolgreiche Bündnis für Lebenslanges Lernen, in dem die Landesgruppe Baden-Württemberg in der DGWF seit dessen Start aktiv mitarbeitet.

WissWB und Weiterbildung für Lehrkräfte

WissWB muss auch Baustein des wichtigen Transferkanals in die Schulen sein. Denn WissWB kann für die Fort- und Weiterbildung von Lehrkräften sowohl methodisch-didaktisch als auch fachwissenschaftlich wertvolle Beiträge liefern. Deshalb fordern wir auf der Basis des bereits entstandenen Austauschs eine stärkere Verzahnung der Aktivitäten des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst sowie des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport. Anknüpfungspunkte bieten hierfür beispielsweise auch die durch die Qualitätsoffensive Lehrerbildung entstandenen Strukturen. Die neuen Strukturen der Lehrkräfte(weiter-)bildung in Baden-Württemberg bieten zudem die Chance neuer Konzepte und innovativer Ansätze der Verzahnung der Akteure. Hierbei sollte der Bologna-Prozess konsequent zu Ende gedacht werden. Notwendig sind deshalb auch Anreize für Lehrkräfte, sich längerfristig im Rahmen modularer Angebotskonzepte wissenschaftlich fundiert weiterzubilden.

WissWB und berufliche (Weiter-)Bildung

Als Landesgruppe der DGWF haben wir in Abstimmung mit dem Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst sowie dem Arbeitgeberverband Südwestmetall eine Systematik der qualitätsgesicherten Formate und Abschlüsse in der WissWB, das sogenannte Transparenzraster, entwickelt. Das Raster bezieht sich explizit auf die Qualifikationsniveaus des DQR und findet inzwischen bundesweit Anwendung. Niederschwellige Abschlüsse können hierbei modular kumuliert werden und bilden so eine Grundlage für den Erwerb weiterbildender Bachelor- oder Masterabschlüsse.

Von der Landespolitik erwarten wir, hierauf aufbauend auf eine Systemöffnung zwischen akademischer und beruflicher (Weiter-)Bildung hinzuwirken. Dort wo sinnvoll und möglich, könnten beispielsweise einzelne Module der WissWB in die definierten beruflichen Aufstiegsfortbildungen integriert werden. Wir wünschen uns hierbei die hierfür notwendige bildungspolitische Sensibilisierung z.B. der Kammern. Konkret wäre die Anerkennung von WissWB als Aufstiegsfortbildung denkbar, mit der Möglichkeit, die Teilnehmenden nach AFBG zu fördern.

WissWB in den nationalen Weiter- bzw. Hochschulbildungsplattformen

Wir haben in den vergangenen Jahren aktiv an der Integration der Angebote der WissWB in die Plattform des Netzwerks für berufliche Fortbildung mitgearbeitet (<https://www.fortbildung-bw.de/>). Einzelne Mitgliedshochschulen der Landesgruppe sind an hochschulübergreifenden Verbundplattformen beteiligt oder bauen diese gerade auf. Wir beobachten deshalb mit Interesse die Initiativen auf Bundesebene zum Aufbau nationaler Plattformen für die Hochschullehre, z.B. durch das Hochschulforum Digitalisierung, oder die Initiative für eine nationale Weiterbildungsplattform „MILLA“.

Vor diesem Hintergrund fordern wir die Landespolitik auf, sich aktiv und kritisch in diese Prozesse einzubringen. Aus unserer Sicht muss einerseits sichergestellt werden, dass neue Plattformen bereits funktionierende Konzepte nicht in Frage stellen und als möglichst offene Konzepte den Bedarf der Lernenden und Lehrenden in den Mittelpunkt stellen. Andererseits müssen Konzepte entwickelt werden, die qualitätsgesicherte Angebote formaler WissWB von beliebigen Angeboten non-formaler Weiterbildung nachvollziehbar unterscheidbar machen. Wir fordern deshalb die aktive Beteiligung an einer Diskussion über die Qualitätssicherung auf den geplanten Bildungsplattformen.

Finanzierung/Hochschulpakt für Weiterbildung

Aus unserer Sicht greift der Hochschulfinanzierungsvertrag des Landes (HoFV) bei der WissWB zu kurz. Die WissWB als Leistungsdimension fest zu schreiben und den Hochschulen keine Mittel für die zusätzliche Leistungserbringung bereitzustellen, reicht nicht aus. Die geplanten moderaten Mittelaufwüchse ab Mitte der Laufzeit werden von Kostensteigerungen beispielsweise beim Gebäudebetrieb aufgezehrt.

Wir schlagen deshalb einen Hochschulpakt für WissWB vor und schließen uns damit der Initiative der Deutschen Akademie der Technikwissenschaften (acatech), der Jacobs Foundation und der Hans-Böckler-Stiftung an: „Darüber hinaus brauche es einen „Hochschulpakt für Weiterbildung: Die staatlichen Hochschulen sollten in ihrer sogenannten dritten Mission gestärkt werden, um qualitativ hochwertige Angebote für berufsbegleitendes Lernen entwickeln und ausbauen zu können. Dabei sollten über Akademiker hinaus neue Zielgruppen erschlossen und mehr Online-Kurse angeboten werden.“ (Quelle: https://www.boeckler.de/116606_116611.htm#)

Mit dem Ziel, eine nachhaltige Wirkung des Bund-Länder-Programms „Aufstieg durch Bildung: offene Hochschulen“ sicher zu stellen, hat auch der Kreis der Hochschulleitungen der geförderten Projekte eine solche Forderung

formuliert. Bislang haben sich weder Baden-Württemberg noch andere Bundesländer an der von ihnen erklärten Nachhaltigkeitsverpflichtung finanziell beteiligt. Vielmehr wurde auf Landesförderprogramme und den HoFV verwiesen.

Ein Hochschulpakt für WissWB könnte eine Grundfinanzierung zentraler Einrichtungen für WissWB beziehungsweise geeigneter Steuerungs- und Organisationsstrukturen an den Hochschulen zur Wahrnehmung der gesetzlich verankerten Hauptaufgabe WissWB sicher stellen und nicht zuletzt Anschubfinanzierungen für den Aufbau innovativer Strukturen und Angebote bereit stellen. Auch könnte aus Sicht der Landesgruppe ein solcher Hochschulpakt die systematische Erhebung und Auswertung von Kennzahlen beinhalten. Ein Pilotprojekt des Deutschen Institut für Erwachsenenbildung (DIE) in Kooperation mit der DGWF auf Bundesebene böte hierfür einen geeigneten Anknüpfungspunkt. Der Hochschulpakt für WissWB sollte deshalb wie der Hochschulpakt 2020 oder der Qualitätspakt Lehre (QPL) langfristig verstetigt werden. Wir fordern die Landespolitik auf, sich beim Bund hierfür mit Nachdruck einzusetzen.

Als DGWF Landesgruppe Baden-Württemberg sind wir eine regionale Sektion der Deutschen Gesellschaft für wissenschaftliche Weiterbildung und Fernstudium e.V. (DGWF). In der Landesgruppe sind über 30 Einrichtungen der wissenschaftlichen Weiterbildung an Baden-Württembergischen Hochschulen, die gleichzeitig Mitglieder in der DGWF sind, engagiert.

Die DGWF ist ein Verband mit über 325 institutionellen und persönlichen Mitgliedern aus Hochschulen und Weiterbildungseinrichtungen. Neben den Mitgliedern aus Deutschland engagieren sich rund 15 Mitglieder aus anderen europäischen Ländern, insbesondere aus Österreich und der Schweiz.

Der satzungsmäßige Zweck der als gemeinnützig anerkannten DGWF sind die Förderung, Koordinierung und Repräsentation der von den Hochschulen - Universitäten, Fachhochschulen und Hochschulverbänden - getragenen Weiterbildung und des Fernstudiums. Dazu gehört auch die Förderung von Forschung und Lehre auf diesen Gebieten.

In jüngster Zeit stehen zudem die Rolle der neuen Medien in der Hochschulweiterbildung und im Fernstudium sowie das lebenslange Lernen im Fokus der Arbeit der DGWF. Die DGWF ist Mitglied im European University Continuing Education Network (EUCEN).
